



Kanton Zürich
Statistisches Amt

statistik.info 2016/04

www.statistik.zh.ch

Peter Moser

Die Zürcher Abstimmungslandschaft

Ideologische und soziodemografische Polarisierungsstrukturen 2010-2016

Eines ist allen Abstimmungen gemeinsam: Jede der 168 Gemeinden des Kantons Zürich stimmt unterschiedlich ab. Im Schnitt beträgt die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Ja-Stimmenanteil bei den Abstimmungen des laufenden Jahrzehnts 32 Prozentpunkte. Diese regionalen Unterschiede sind nicht zufällig – im Gegenteil. Über eine längere Zeit betrachtet lassen sich einige wenige, immer wiederkehrende Muster herauschälen. Die vorliegende Publikation befasst sich mit den Ursachen dieser räumlichen Unterschiede und den Möglichkeiten, die sie für die Analyse von Abstimmungsergebnissen bieten.

Modellhaft kann man davon ausgehen, dass der Abstimmungsentscheid des Stimmbürgers aus einer Evaluation der Vorlage im Lichte gut verankerter und deshalb über die Zeit hinweg auch stabiler ideologischer Werthaltungen und/oder spezifischer Interessen oder Betroffenheit resultiert. Weil Bevölkerungsgruppen, die sich diesbezüglich unterscheiden, nicht gleichmässig über den Kanton verteilt sind, spiegeln sich diese Unterschiede auch in den aggregierten Abstimmungsergebnissen, den Ja-Stimmenanteilen auf Gemeindeebene. Deshalb kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren über die weltanschauliche Ausrichtung und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse auch Aufschluss über das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher Gruppen geben.

Gegenüber Befragungsdaten, der zweiten wichtigen Quelle zur Analyse von Abstimmungsentscheidungen, haben die Gemeinderesultate einige Vorteile. Sie sind als Nebenprodukt der Resultatermittlung sofort und kostenlos verfügbar und spiegeln die behördlich beglaubigte Willensäußerung der tatsächlich teilnehmenden Stimmbürgerschaft. Nachteilig ist hingegen, dass der Entscheid nicht direkt verknüpfbar ist mit individuellen Einstellungen wie beispielsweise der Parteiidentifikation, vorlagenbezogenen Motivationen oder soziodemografischen Merkmalen wie Alter und Geschlecht.

Aber auch bei Befragungen ist bisweilen strittig, wie zuverlässig die erfragten Merkmale tatsächlich erfasst werden und wie genau die Stichprobe die Verhältnisse in der Stimmbevölkerung abbildet. Die Möglichkeiten einer Aggregatsdatenanalyse sind aber zum vornehmsten, auch inhaltlich, beschränkt. Sie setzt nämlich voraus, dass sich die Aggregatseinheiten bezüglich der untersuchten Merkmale unterscheiden. Mit anderen Worten: Die Bevölkerungsgruppen, deren Abstimmungsverhalten man ermitteln will, müssen räumlich inhomogen verteilt sein. Beispielsweise variiert das Geschlechterverhältnis in den Zürcher Gemeinden kaum, der Frauenanteil bewegt sich zwischen 47.5% und 52.8%. Aus den Gemeinderesultaten kann allein schon deshalb nicht auf das Abstimmungsverhalten von Männern und Frauen geschlossen werden.

Und selbst wenn die Voraussetzungen stimmen, besteht die Möglichkeit eines sogenannten ökologischen Fehlschlusses: Statistische Zusammenhänge auf der Aggregatsebene implizie-

ren nicht zwingend analoge Zusammenhänge auf der Individualebene. Umsichtiges Vorgehen ist also geboten, die Auswahl der Erklärungsvariablen sorgfältig zu erwägen. Zusammenhänge sollten nicht nur theoretisch plausibel und statistisch signifikant, sondern auch optisch, im Streudiagramm, klar erkennbar sowie bei einer multivariaten Modellierung robust sein. Nicht zuletzt ist bei eidgenössischen Vorlagen auch der Abgleich mit Befragungen wie etwa den VOX-Analysen wichtig, die im Übrigen oft zu qualitativ analogen Resultaten kommen, soweit die Einflussgrößen vergleichbar sind.

Die Erfahrung lehrt, dass sich Abstimmungsergebnisse, und damit die charakteristischen räumlichen Muster, vor allem mit den grundsätzlichen ideologischen Werthaltungen, manchmal aber auch mit der Sozialstruktur bzw. darin begründeten Interessen der Gemeindebewohner erklären lassen. Voraussetzung für eine statistische Analyse ist deren Quantifizierung: Messkonzepte für die beiden Aspekte, die sich erfahrungsgemäss als analytisch ergiebig erwiesen haben, sollen deshalb einleitend kurz vorgestellt werden.

Die ideologische Landkarte des Kantons Zürich

Die ideologische Grundausrichtung der Bevölkerung in den Gemeinden lässt sich mit zwei fundamentalen Dimensionen erfassen, welche die essentiellen Grundzüge des Abstimmungsverhaltens in den eidgenössischen Urnengängen (ohne Stichfragen) seit 2010 spiegeln.¹ Zusammen bilden die beiden Dimensionen ein Koordinatensystem, das gleichsam eine «ideologische Landkarte» des Kantons Zürich aufspannt (Grafik 1). Je weiter zwei Gemeinden in dieser Karte voneinander entfernt sind, desto stärker unterscheidet sich ihre Stimmbewölkerung in ihren grundsätzlichen Werthaltungen.

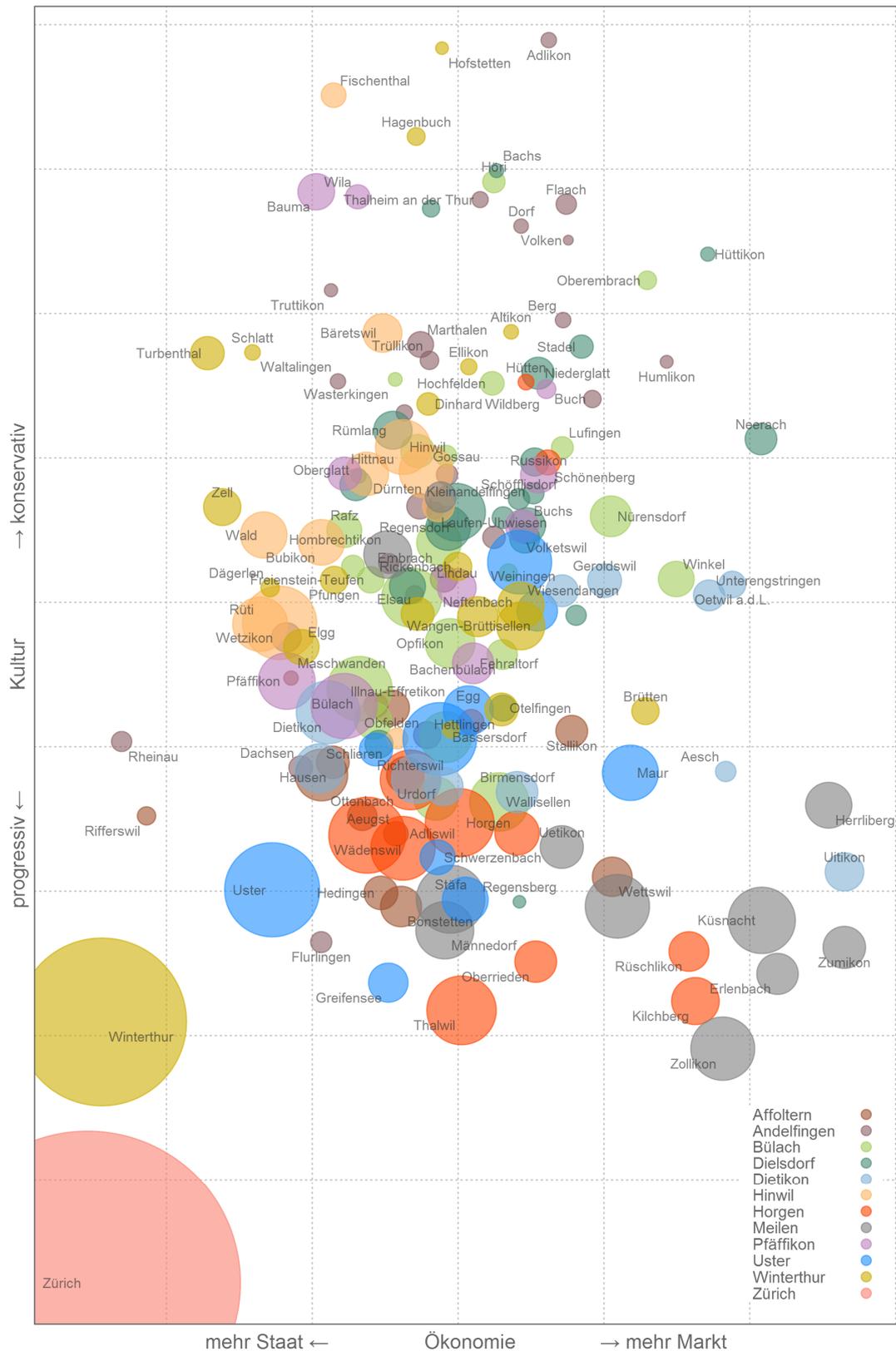
Die dominierende Dimension dieses Koordinatensystems ist der kulturelle Gegensatz zwischen jenen Gemeinden, deren Abstimmungsteilnehmer konservativ und national eingestellt sind (z.B. Hofstetten oder Adlikon), und jenen, die in der Regel gesellschaftlich progressiv und offenheitsbereit abstimmen (z.B. Zürich, Winterthur aber auch Zollikon). In ihrem Kern sind die Differenzen auf dieser vertikalen «Kultur»-Achse identitätsbezogen.

Die Stimmbürger an den kontrastierenden Polen dieser Dimension trennen im wesentlichen ihre Haltungen bezüglich eines Problemkomplexes mit zwei Aspekten. Der eine bezieht sich auf die Position und Rolle der Schweiz nach aussen, ihre Identität als Staat im internationalen Kontext, konkretisiert beispielsweise in der Antwort auf die Frage der angemessenen Distanz zur EU oder anderen internationalen Organisationen aber auch der Bedeutung der Landesverteidigung. Der andere Aspekt ist eher nach innen gerichtet. Hier geht es darum zu definieren, was es heisst Schweizer zu sein, wer «dazu gehört», welchen Personen in der Schweiz welche Rechte zugesprochen werden sollen. Die Frage, wie hoch die Hürden für eine Einbürgerung sein sollen, wird an den Enden dieser Achse beispielsweise sehr unterschiedlich beurteilt. Die Antworten auf diese beiden Grundfragen hängen auch auf individueller Ebene eng zusammen (siehe z.B. Moser 2010), und bisweilen, etwa in der Frage nach dem angemessenen Niveau der Zuwanderung, bzw. der Personenfreizügigkeit mit der EU sind beide Aspekte, der aussen- wie der binnenorientierte, ohnehin unlösbar miteinander verknüpft.

¹ Weil die Resultate kantonaler Vorlagen oft auch durch deren räumlich unterschiedliche Auswirkungen geprägt sind (z.B. bei Verkehrsinfrastrukturvorlagen; siehe auch S. 15), werden nur die 59 eidgenössischen Abstimmungen verwendet, deren Resultate sehr viel stärker durch ideologische Grundhaltungen dominiert werden. Die Konfiguration ist das Resultat einer Hauptkomponentenanalyse, eines gebräuchlichen statistischen Dimensionsreduktionsverfahrens: Die hier verwendeten zwei ersten der voneinander unabhängigen (orthogonalen) Hauptkomponenten fassen bereits 73% der Varianz zusammen, die im ursprünglich 59-dimensionalen Datensatz der kommunalen Abstimmungsergebnisse enthalten ist. Bereits die dritte Hauptkomponente ist mit einem Varianzanteil von 6% vernachlässigbar. Alternative Verfahren, wie etwa eine multidimensionale Skalierung oder eine Faktorenanalyse, erzeugen im Übrigen analoge Konfigurationen.

Grafik 1: Eine ideologische Landkarte des Kantons Zürich

Eigene Berechnungen, basierend auf den eidgenössischen Abstimmungen 2010-2016 (siehe Fussnote 1)



Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Auf der horizontalen Dimension, der ökonomischen, stehen die Befürworter eines starken, umverteilenden und regulierenden Staates im Gegensatz zu jenen, die marktnahe Lösungen

und einen schlanken Staat bevorzugen. Auf dieser Achse kontrastieren Gemeinden wie Zuzikon oder Herrliberg mit der Stadt Zürich. Es gibt aber auch kleine Landgemeinden wie Rifferswil oder Rheinau, die fast ebenso marktkritisch wie die Kantonshauptstadt eingestellt sind.

Dieses ideologische Koordinatensystem mit seinen beiden Achsen ist über die Zeit hinweg erstaunlich stabil (Moser 2005). Die beiden Dimensionen manifestieren sich zudem nicht nur in den Gemeinderesultaten, sondern auch in Befragungsdaten, d.h. auf individueller Ebene (siehe dazu Moser 2010 auf der Grundlage der SELECTS-Daten für den Kanton Zürich, aber auch z.B. Kriesi 2011).

Der Links-Rechts-Gegensatz, das geläufige eindimensionale Konzept zur Strukturierung des politischen Geschehens, das sich beispielsweise zur Charakterisierung des Parteiensystems nach wie vor gut eignet (Moser 2016), war ursprünglich in erster Linie ökonomisch geprägt, mischt heute aber Aspekte beider Dimensionen (Moser 2010). In Grafik 1 würde er sozusagen von links unten nach rechts oben verlaufen – also etwa von Zürich nach Buchs.

Eine elementare Soziodemografie: Urbanität und Status

Auch zentrale Aspekte der Sozialstruktur der Bevölkerung der Zürcher Gemeinden lassen sich durch zwei Dimensionen charakterisieren.² Die eine ist der geläufige Stadt-Land-Gegensatz. Konkret wird das Konzept der Urbanität gemessen mit einem Index, in den die Bevölkerungsdichte, der Anteil der (steuerlichen) Einpersonenhaushalte und der Anteil der Konfessionslosen einfließen. Diese Grössen hängen untereinander eng zusammen, weil der Stadt-Land-Gegensatz auch ein Gegensatz der Lebensstile und entsprechend auch divergenter Interessen ist: Hier die baulich dichte Stadt mit ihren säkularisierten und individualisierten Mietern, dort das Land mit seinen Einfamilienhäusern und der zugehörigen Haushaltsform, wo traditionelle soziale Institutionen, wie etwa die Kirchen, eine stärkere Stellung haben.

Am urbanen Ende dieser Achse befindet sich der Kern der Agglomeration, die Kantonshauptstadt Zürich, aber auch einige der unmittelbar angrenzenden suburbanen Gemeinden im Limmat- und im Glattal wie Dietikon, Schlieren oder Opfikon, die mit der Stadt Zürich baulich weitgehend zusammengewachsen sind. Den ländlichen Pol bilden periphere, landwirtschaftlich geprägte Gemeinden, wie etwa – nomen est omen – Dorf oder Humlikon, beide im Weinland gelegen.

Als zweite Achse fungiert der «Status», d.h. die Verfügbarkeit von Ressourcen, konkret Einkommen und Bildung bzw. Humankapital.³ Auf dieser Dimension kontrastieren die stadtnahen «Goldküstengemeinden», die im Volksmund nicht grundlos so genannt werden, mit Gemeinden in der Agglomeration wie Schlieren, Dietikon oder Opfikon, aber auch peripheren Kommunen im Tösstal wie Fischenthal oder Wald.

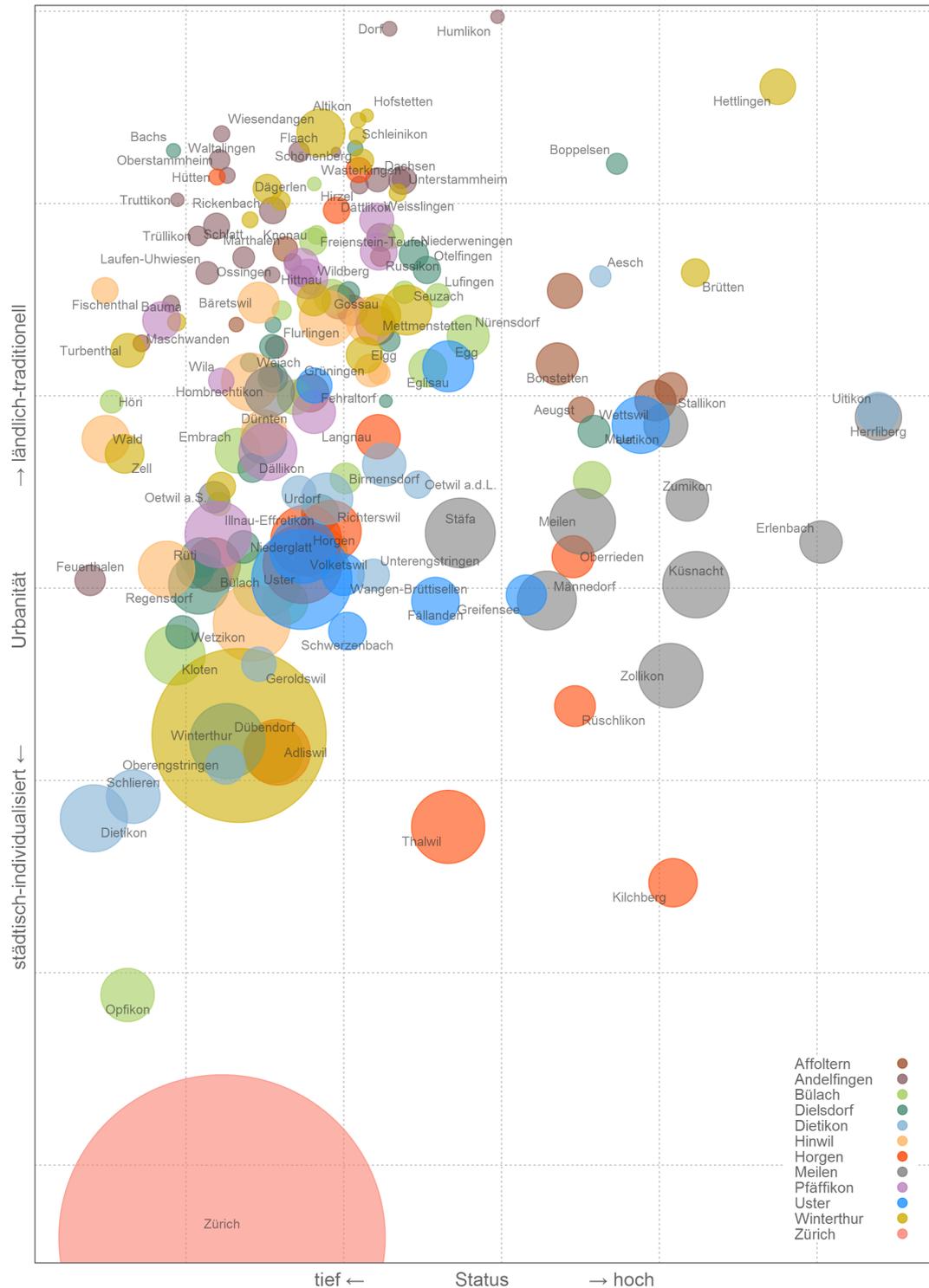
Grafik 2 zeigt die beiden Merkmale im Zusammenhang – wodurch auch deutlich wird, dass es sich in der Tat um zwei voneinander weitgehend unabhängige Dimensionen handelt, die untereinander kaum korrelieren.

² Dieses Konzept orientiert sich an Hermann, Heye & Leuthold (2005). Sie haben einen Individualisierungs- bzw. Urbanitätsindex und einen Statusindex (neben einem Alters- und Fremdsprachigkeitsindex) zur Beschreibung der soziokulturellen Merkmale von Gemeindebevölkerungen entwickelt. Die verwendeten Indikatoren, die flächendeckend und im Jahresrhythmus verfügbar sind, wurden jeweils zur Stabilisierung gemeindeweise über mehrere Jahre (2010-2013) gemittelt und standardisiert (d.h. so transformiert, dass sie den Mittelwert 0 und die Standardabweichung 1 aufweisen), um sie vergleichbar zu machen. Für den Gesamtindex wurden die Teilindikatoren addiert und das Resultat wiederum standardisiert.

³ Die Einkommensverhältnisse werden mit dem steuerbaren Medianeinkommen der natürlichen Personen, der Ausbildungsstand indirekt mit dem Mittelschüleranteil an der Bevölkerung gemessen, der wegen der ausgeprägten intergenerationellen «Vererbbarkeit» akademischer Bildung (siehe dazu z.B. Joye, Bergman & Lambert 2003 oder Riphahn & Bauer 2007) eine gute Proxy-Variable bildet.

Grafik 2: Eine soziodemografische Landkarte des Kantons Zürich

Gemeinden des Kantons Zürich, eigene Berechnungen, siehe Haupttext



Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

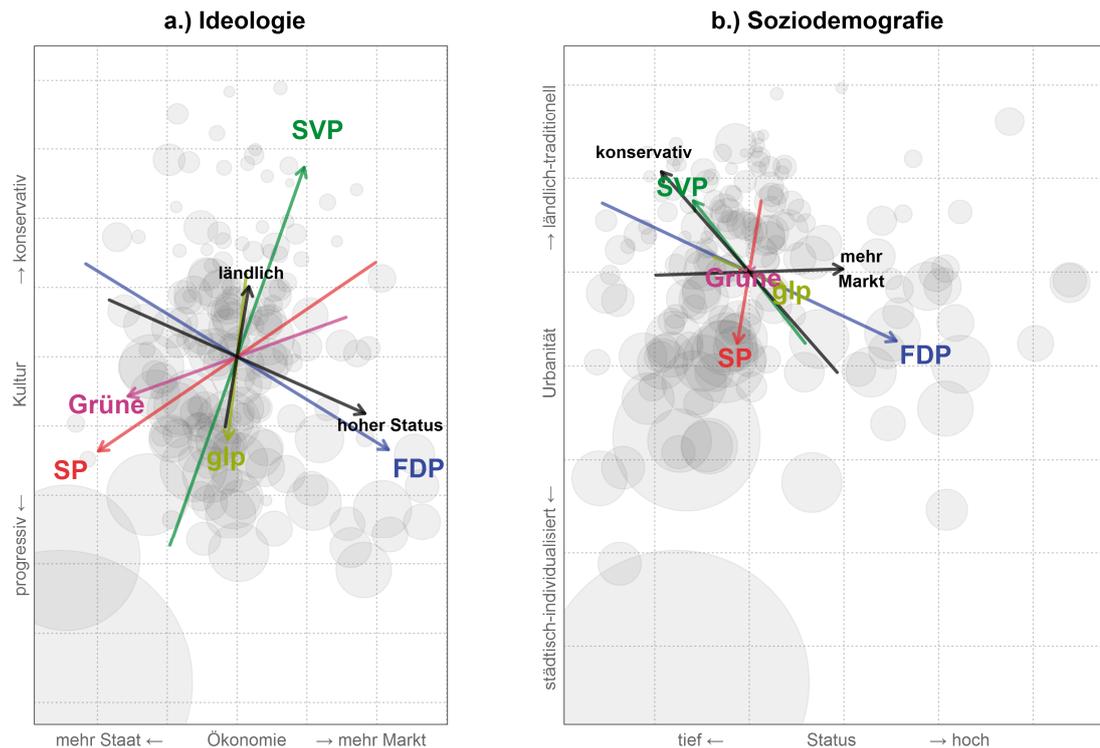
Soziodemografie und Ideologie sind hingegen nicht unabhängig voneinander: der Status korreliert mit beiden Achsen des ideologischen Raumes, die Urbanität fast ausschliesslich mit der kulturellen, wie Grafik 3 zeigt. Die Zusammenhänge sind aber nicht derart ausgeprägt, dass man von letztlich deckungsgleichen Konzepten ausgehen müsste. So gibt es sehr urbane Gemeinden wie Opfikon oder Kloten, deren Stimmbürger ideologisch vergleichsweise konservativ ausgerichtet sind, andererseits auch ländliche Gemeinden wie Rifferswil oder Bonstetten, die relativ progressiv abstimmen.

Exkurs: die Verortung der Parteiwählerschaften

Die Stimmbürgerschaft nimmt nicht nur durch Sachabstimmungen Einfluss auf die Politik, sondern auch durch Wahlen. Auch der Wahlentscheid spiegelt die ideologischen Grundhaltungen, und die Wähleranteile der grösseren Parteien hängen auch auf Gemeindeebene eng damit zusammen. Die SVP-Hochburgen befinden sich in jenen Gemeinden, die konservativ eingestellt sind (Grafik 3a). Am gegenüberliegenden progressiven Pol ist die glp stark. Dasselbe gilt tendenziell auch für die Linksparteien (SP und Grüne) und die FDP – ihre Wähleranteile kontrastieren aber, wie nicht anders zu erwarten, auf der Markt-Staat-Achse.

Grafik 3: Soziodemografie, Ideologie und Parteihochburgen

Gemeinden des Kantons Zürich, Nationalratswahlen 2015, eigene Berechnungen



Lesehilfe: In Pfeilrichtung nimmt die Ausprägung des Merkmals zu, und die Länge des Pfeils ist proportional zum R^2 eines Regressionsmodells des Merkmals mit den jeweiligen Achsen. Sie zeigt so, wie deutlich der Zusammenhang ist. So besteht ein Zusammenhang zwischen der soziodemografischen Status-Dimension und der ökonomischen Achse der politischen Landkarte – je höher der Status, desto marktaffiner. Er ist aber nicht sehr ausgeprägt. Der ähnlich orientierte Zusammenhang dieser Achse mit dem Wähleranteil der FDP ist beispielsweise deutlich stärker.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Auch zwischen den Wähleranteilen und der Soziodemografie bestehen Zusammenhänge (Grafik 3b). Sie sind aber naturgemäss deutlich schwächer als jene mit der ideologischen Ausrichtung, die Abstimmungsentscheidungen ungefähr desselben Personenkreises aggregiert wie die Wahlergebnisse, während sich die soziodemografischen Grössen auf die gesamte Gemeindebevölkerung beziehen. Die SP hat die höchsten Wähleranteile dort, wo der individualisiert-urbane Lebensstil vorherrscht, die SVP ist dafür stark in tendenziell eher statusniedrigen und ländlich-traditionellen Gebieten des Kantons. Soziodemografisch am klarsten verortet ist die FDP: Sie hat ihre Hochburgen in den statushohen Gebieten des Kantons. Diese groben, qualitativen Zuordnungen der drei grössten Parteien (zusammen 82% Wähleranteil) zu soziodemografischen Milieus auf Aggregatsebene werden im Übrigen durch befragungsbasierte Individualdaten gestützt (siehe Lutz 2015, Moser 2010 für den Kanton Zürich). Dass zwischen den soziodemografischen Variablen und den Wähleranteilen der glp und der

Grünen kaum Zusammenhänge bestehen, illustriert vor allem auch die Grenzen des aggregatsdatenanalytischen Verfahrens: Ihre kommunalen Wähleranteile unterscheiden sich weit weniger voneinander als jene der grossen Zürcher Traditionsparteien.

Abstimmungsvorlagen im ideologischen und sozialen Kontext: ein Modell

Diese beiden einfachen Konzepte zur Beschreibung der ideologischen und sozialen Struktur der Gemeinden bilden aber auch eine gute Grundlage für eine systematische, statistisch abgestützte Analyse des Abstimmungsgeschehens. Wo finden sich Befürworter und Gegner der Vorlagen und wie stark wurden sie durch die Entscheidungen polarisiert? Welche Schlüsse lassen sich daraus über das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ziehen?

Um die Zustimmung zu den einzelnen Vorlagen in Beziehung zu den beiden beschriebenen Koordinatensystemen zu setzen, schätzen wir ein Regressionsmodell, in das die Positionierung der Gemeinden auf den zusammen vier Dimensionen als unabhängige Variablen und der jeweilige Ja-Stimmenanteil der Vorlage als abhängige Variable eingehen.

Diese multivariate Betrachtungsweise trägt dem Umstand Rechnung, dass zwischen der Soziodemografie und der ideologischen Ausrichtung der Gemeinden Zusammenhänge bestehen (siehe Grafik 3). Im Schnitt (Median) lassen sich mit einem derartigen Modell rund 66% der Varianz der kommunalen Ja-Stimmenanteile der Abstimmungen der laufenden Dekade «erklären», bei immerhin einem Viertel der Vorlagen erreicht man aber Werte von mehr als 76%.⁴ Der Beitrag einer Variable zum vorlagenbezogenen Gesamterklärungswert des Modells, dessen Effektstärke,⁵ kann als Mass für die relative Bedeutung, die Polarisierungskraft des korrespondierenden Gegensatzes interpretiert werden, das Vorzeichen des Regressionsparameters gibt überdies Auskunft über die Polarisierungsrichtung.

Wesentliche Aspekte des Polarisierungsmusters einer konkreten Abstimmungsvorlage können so mit vier Kennwerten beschrieben werden - deren synoptische grafische Darstellung für eine grosse Zahl von Abstimmungsvorlagen in einer Druckpublikation freilich unübersichtlich wäre.⁶ Die ideologischen und soziodemografischen Polarisierungsstrukturen der 124 Abstimmungsvorlagen der laufenden Dekade werden deshalb nacheinander diskutiert.

Polarisierungsmuster im ideologischen Raum

In Grafik 4 auf der folgenden Seite sind die Polarisierungsmuster der Vorlagen im ideologischen Koordinatensystem dargestellt, die grundsätzlichen Prinzipien gelten aber auch für die analoge Grafik zur Soziodemografie (Grafik 7 auf S. 13).

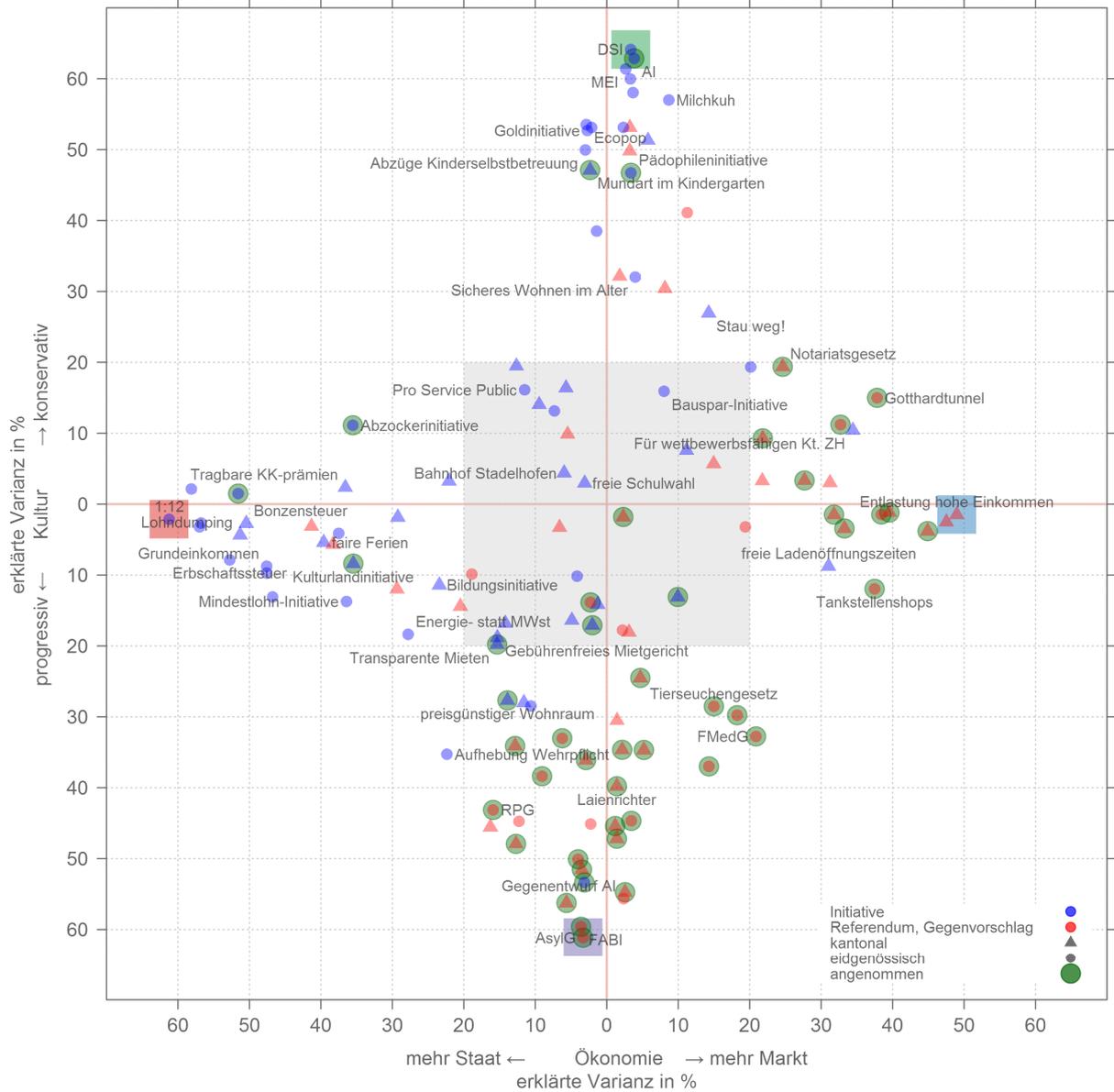
⁴ Dieser Wert, das sogenannte R^2 , misst die Reduktion des Schätzfehlers durch Einbezug der zusätzlichen Informationen aus den unabhängigen Variablen. Der Vergleichswert ist dabei die Varianz des arithmetischen Mittelwerts der abhängigen Variable – jenes Werts, der ohne die Zusatzinformationen die beste, fehlerminimierende Schätzung darstellt. Der Metaphorik der «Erklärungskraft» eines statistischen Modells beruht auf diesem präzise messbaren Konzept. Könnten 100% der Varianz erklärt werden, so liessen sich die realen Gemeinderesultate mit der Modellgleichung exakt berechnen, sind es hingegen 0%, so hat das Modell verglichen mit dem Durchschnitt der abhängigen Variable keinen Mehrwert.

⁵ Wir verwenden dazu das «lmg»-Mass, das in Grömping 2007 und 2009 motiviert und beschrieben ist. Es beruht auf den über alle Permutationen von Variablenreihenfolgen gemittelten Varianzbeiträgen der Variablen, wie sie aus einer «analysis of variance»-Tabelle hervorgehen. Gegenüber anderen Massen für die Effektstärke (z.B. dem oft verwendeten β -Koeffizienten) hat das «lmg»-Mass den Vorteil, dass es das R^2 des gesamten Modells auf die einzelnen Einflussfaktoren «verteilt».

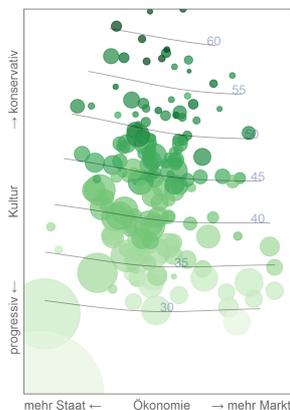
⁶ Eine online-Applikation (<http://goo.gl/kBSFrT>) ermöglicht aber die Verknüpfung beider Aspekte.

Grafik 4: ideologische Polarisierungsstruktur der Vorlagen

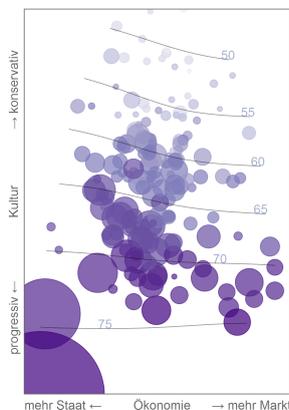
Kanton Zürich, eidgenössische und kantonale Vorlagen 2010-2016 (ohne Stichfragen), eigene Berechnungen



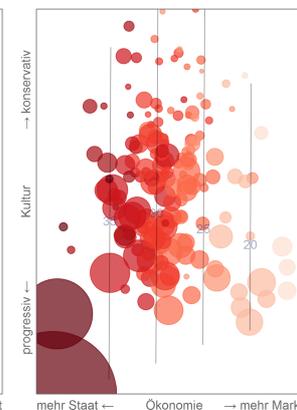
Durchsetzungsinitiative (2016)



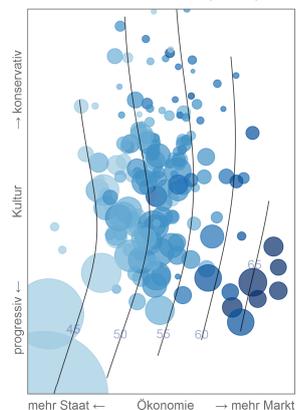
Asylgesetz (2016)



1:12-Initiative (2013)



steuerliche Entlastung hohe Einkommen (2012)



Lesehilfe: Die Vorlagen, deren Zustimmungsmuster unten in der politischen Landkarte (siehe Grafik 1) dargestellt sind, sind in der Hauptgrafik farblich analog markiert. Eine Online-Version (<http://goo.gl/kBSFrT>) erlaubt die Identifikation aller Vorlagen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Je achsennäher, desto ausschliesslicher variierte die Zustimmung entlang der jeweiligen Dimension in der politischen Landkarte (Grafik 1), und je weiter vom Mittelpunkt entfernt, desto grösser waren die Zustimmungsdifferenzen an den Polen. Wo die Zustimmung am höchsten war, d.h. die Richtung des Zustimmungsgradienten, ist aus der Position einer Vorlage bezüglich des Mittelpunkts der Grafik ersichtlich.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit relevant ist ein Faktor, wenn er in unserem Modell mehr als etwa 20% der Varianz erklärt.⁷ Vorlagen, die diesen Schwellenwert auf keiner der beiden Dimensionen erreichen, befinden sich entsprechend im grau markierten Bereich in der Mitte. Bei ihnen war die Zustimmung in den Gemeinden demnach weitgehend unabhängig von deren ideologischer Ausrichtung.

Auch hier bietet sich die Analogie der Landkarte an – nur sind diesmal nicht mehr die Gemeinden dargestellt, sondern die Vorlagen. Je näher zwei Vorlagen beieinanderliegen, desto ähnlicher waren sich ihre Zustimmungsmuster im ideologischen Raum, desto eher wurden sie von denselben Bevölkerungsgruppen befürwortet oder abgelehnt –was impliziert, dass ihre politische Stossrichtung von den Abstimmungsteilnehmern als ähnlich wahrgenommen wurde.

Vier Vorlagen realisieren die Polarisierungstypen in idealtypischer Form

Die Durchsetzungsinitiative (DSI) vom Februar 2016 ist eine nationalkonservative Vorlage par excellence. Wie die erste Hilfsgrafik unten zeigt, nimmt ihr Ja-Stimmenanteil entlang der vertikalen Kultur-Achse in Richtung des konservativen Pols der ideologischen Landkarte in Grafik 1 sehr gleichmässig und stetig zu – diese Dimension erklärt für sich allein hohe 65% der Varianz, während der Erklärungsbeitrag der ökonomischen Dimension mit 3% belanglos ist. Analoges gilt auch für die Masseneinwanderungsinitiative (MEI, 2014) oder die Ausschaffungsinitiative (AI, 2010), die sich in derselben «Gegend» befinden. Diese Vorlagen hatten so alle sehr ähnliche räumliche Zustimmungsmuster. Das exakte Gegenstück zur DSI ist das auf der Kulturachse am progressiven Ende positionierte Referendum zum Asylgesetz (2016): Je höher die Zustimmung zur DSI war, desto tiefer war jene zum Asylgesetz – also ein diametral entgegengesetztes Abstimmungsverhalten in den Gemeinden.

Ein analoges Kontrastpaar auf der horizontalen «Ökonomie»-Achse bilden die «antikapitalistische» 1:12-Initiative (2013), bei der die Zustimmung am Pol «mehr Staat» maximal und am gegenüberliegenden Pol «mehr Markt» entsprechend minimal war. Ihr Widerpart war eine von ihren Gegnern «neoliberal» gescholtene, kantonale Steuervorlage (2012), welche die höchste Progressionsstufe des Steuertarifs, den sogenannten «Dreizehner», abschaffen wollte.

Grundstrukturen der Zürcher Politik

Die aufs wesentliche reduzierte Darstellung der ideologischen Verteilung der Abstimmungen in Grafik 5 zeigt, dass die nationalkonservativen Initiativen, die von der SVP entweder lanciert oder zumindest unterstützt wurden, eine klar abgegrenzte Gruppe am konservativen Pol der Kulturachse bilden. Ganz besonders klar ist die Abgrenzung zum «mehr Staat»-Lager. Bezeichnenderweise ist die Abzockerinitiative (2013), die von den Linksparteien zwar nicht lanciert, aber mit ihren Parolen unterstützt wurde, und die in der SVP umstritten war, beinahe die einzige Vorlage, die ein Zustimmungsmuster aufweist, das man – zumindest im Ansatz – als «links-konservativ» bezeichnen könnte.

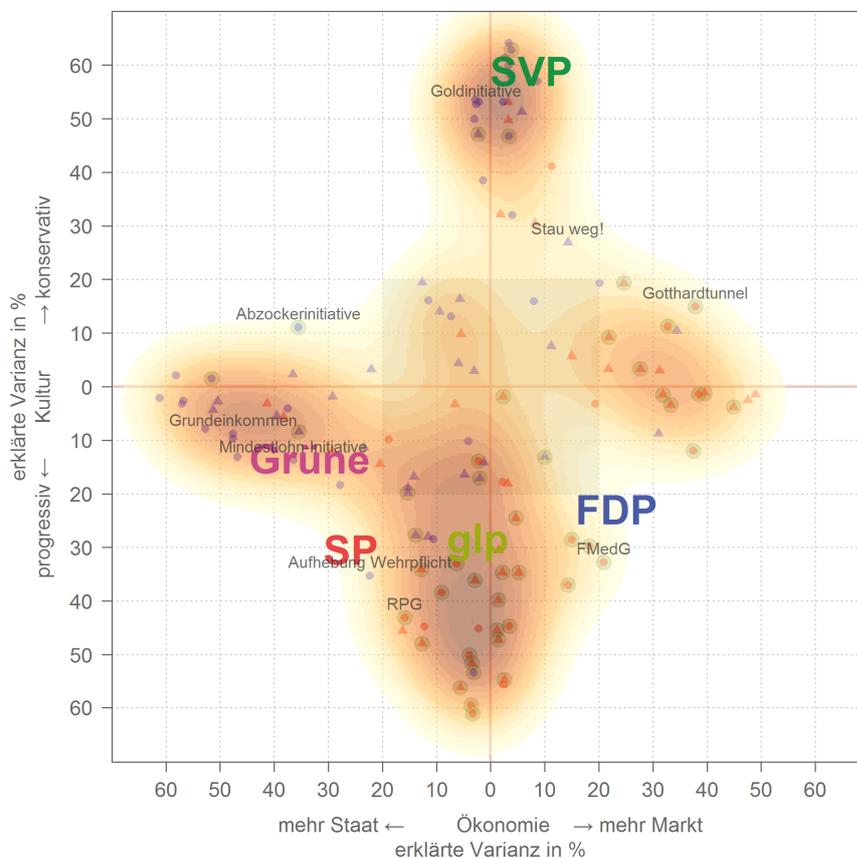
⁷ Die Faustregel ergibt sich daraus, dass die korrespondierenden Regressionsparameter jenseits dieses Wertes stets auf einem sehr hohen Niveau (>99.9%) signifikant von 0 verschieden sind. Dies impliziert auch, dass über das Vorzeichen des Zusammenhangs, d.h. die Polarisierungsrichtung, kaum mehr Zweifel bestehen.

Nicht sehr viel zahlreicher sind jene Vorlagen, die sowohl im nationalkonservativen als auch im marktliberalen Lager Anklang fanden: es ist kein Zufall, dass sich darunter zwei autofreundliche Verkehrsvorlagen die kantonale «Stau Weg!»-Initiative (2011) und die zweite Röhre des Gotthardstrassentunnels (2016) befinden. Ansonsten bilden die Vorlagen mit klar marktliberaler Ausrichtung ebenfalls eine in sich geschlossene Gruppe, denn auch der Bereich zwischen diesem Pol und dem gesellschaftlich progressiven ist mit Vorlagen schwach besetzt und thematisch klar durch die Liberalisierung der Fortpflanzungsmedizin geprägt.

Zahlreich sind hingegen die Vorlagen mit einer kulturell progressiven oder einer «mehr Staat»-Ausrichtung, die auf beiden Achsen polarisierten. Das Mischungsverhältnis ist dabei unterschiedlich: Das Referendum zum Raumplanungsgesetz und die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht (beide 2013) sind stärker durch die Polarisierung auf der Kulturachse geprägt, bei der Mindestlohninitiative oder jener für ein bedingungsloses Grundeinkommen dominierte der Markt-Staat-Gegensatz.

Grafik 5: ideologische Polarisierung und Parteiensystem

Kanton Zürich, Vorlagen 2010-2016 (ohne Stichfragen), Nationalratswahlen 2015, eigene Berechnungen



Lesehilfe: Die Parteien sind auf der Grundlage ihrer Wähleranteile in den Nationalratswahlen 2015 mit dem selben Verfahren verortet, wie die Abstimmungen (siehe S. 7). Um die Verteilung und Gruppierung der Vorlagen zu verdeutlichen, ist eine Dichtefunktion abgebildet.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Die Zürcher Politlandschaft hat so eigentlich nicht vier, sondern nur drei klar voneinander abgegrenzte Pole, die auch das Parteiensystem strukturieren (Grafik 5): Geht es um ihre jeweiligen Kernanliegen, so stimmen der konservative, mit der SVP identifizierte und der markt-nahe Pol, der – zumindest näherungsweise – mit der FDP assoziiert ist, meist recht unterschiedlich ab. Auf der Gegenseite, in den Hochburgen der Linksparteien, allen voran Zürich

und Winterthur, ist die Zustimmung zu kulturell progressiven wie staatsfreundlichen, umverteilenden Vorlagen meist vergleichsweise hoch – und in ihrer Ablehnung sind sich dann auch die Stimmbürger der konservativen und der marktnahen Gemeinden einig.

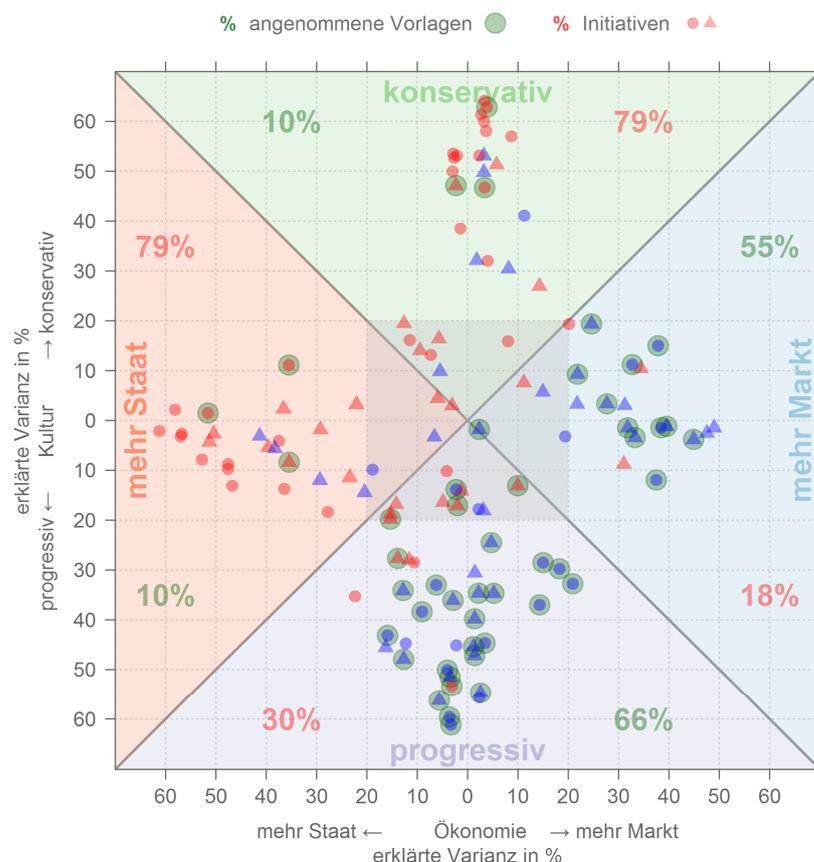
Erfolg an der Urne und Polarisierungsstruktur hängen zusammen

An sich haben Ausmass und Richtung der Polarisierung als relative Grössen mit dem generellen, absoluten Niveau der Zustimmung, das für die Mehrheitsfähigkeit einer Vorlage ausschlaggebend ist, nichts zu tun. Dennoch gibt es klare Zusammenhänge – bei denen allerdings eine weitere Eigenschaft, die Vorlagenart, eine entscheidende intervenierende Rolle spielt.

Initiativen haben an der Urne generell einen schweren Stand: Von den 63 eidgenössischen und kantonalen Initiativen, die seit 2010 zur Abstimmung kamen, fanden nur elf eine Mehrheit beim Zürcher Stimmvolk, also nur etwa jede sechste (17%) – bei den übrigen Vorlagen, den obligatorischen und fakultativen Referenden sowie Gegenvorschlägen, betrug die Annahmequote hingegen vergleichsweise hohe 59%.

Die Polarisierungstypen sind diesbezüglich sehr unterschiedlich zusammengesetzt, wie Grafik 6 zeigt. Im konservativen und im «mehr Staat»-Segment sind Initiativen mit einem Anteil von je 79% klar in der Mehrheit, im progressiven und im «mehr Markt»-Sektor mit 30% bzw. 18% ebenso klar in der Minderheit.

Grafik 6: ideologische Polarisierung, Vorlagentyp und Erfolg an der Urne
Kanton Zürich, eidgenössische und kantonale Vorlagen 2010-2016 (ohne Stichfragen), eigene Berechnungen



Lesehilfe: Den vier Polarisierungstypen von Grafik 4 (S. 8) sind farblich markierte Segmente zugeordnet. Befindet sich eine Vorlage beispielsweise im Segment «mehr Markt», so war die ökonomische Dimension wichtiger als die kulturelle, und die Zustimmung war in den «mehr Markt»-Gemeinden am höchsten. Die prozentuellen Anteile der Initiativen und der angenommenen Vorlagen beziehen sich auf das Total der Vorlagen in diesen Segmenten.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Die Erfolgsquote der Vorlagen in den initiativlastigen Polarisierungssektoren ist deshalb auch deutlich geringer als in den anderen: Von den Vorlagen im «mehr Staat»-Sektor wurden nur drei (10%) angenommen (die Abzocker-, die Zweitwohnungs- und die Kulturlandinitiative), genauso wenige wie im konservativen (die Ausschaffungs-, die Pädophilen- und die kantonale «Mundart im Kindergarten»-Initiative). Im «mehr Markt»-Sektor beträgt die Zustimmungquote hingegen 55%, im progressiven sogar 66%.

Vorlagen mit kulturell progressiver oder marktliberaler Stossrichtung – gemäss der Evidenz ihrer räumlichen Polarisierungsmuster – haben im Kanton Zürich also überdurchschnittlich gute Chancen, mehrheitsfähig zu sein. Dass es sich dabei zumeist um Referenden und Gegenvorschläge zu Initiativen handelt, Vorlagen also, die aus dem ordentlichen parlamentarischen Prozess auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene resultieren, ist dabei selbstverständlich kein Zufall. Die Zusammensetzung der Parlamente spiegelt ja letztlich auch das Mischungsverhältnis der ideologischen Grundhaltungen im Elektorat und damit im selben Personenkreis, der im Normalfall auch an Abstimmungen teilnimmt. Initiativen, die zur Abstimmung gelangen, versuchen hingegen Anliegen an der Urne zum Durchbruch zu verhelfen, die bei den herrschenden parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen chancenlos sind. Die Initiative ist das Instrument des Outsiders – und dies waren in der analysierten Zeitperiode vor allem jene politischen Kräfte, die einen regulierenden und umverteilenden Staat stärken wollen oder eine nationalkonservative Agenda verfolgen.

Kantonale Vorlagen polarisieren weniger stark

Nicht alle Vorlagen polarisieren die ideologischen Lager im Kanton Zürich gleichermassen stark. Aber jene, bei denen weder der kulturellen noch der ökonomische Ideologiegraben eine wesentliche Rolle spielt, sind eindeutig in der Minderzahl: Nur rund ein Fünftel (22%) der Vorlagen erreicht den Schwellenwert von 20% der erklärten Varianz auf keiner der beiden Dimensionen.

Diesbezüglich unterscheiden sich die Vorlagen der beiden Staatsebenen allerdings, denn die Ideologie war nur bei etwa einem Achtel (14%) der eidgenössischen, aber fast einem Drittel (30%) der kantonalen Vorlagen belanglos. Ein wesentlicher Grund für die geringere Polarisierungskraft kantonalen Abstimmungen ist bestimmt, dass sie weniger im Scheinwerferlicht der reichweitenstarken nationalen Massenmedien, besonders auch des Fernsehens, stehen als die meisten Bundesvorlagen. Die individuelle Meinungsbildung ist wesentlich ein Prozess, in dem die Einstellung zu einer konkreten Vorlage auf eine bereits vorhandene ideologische Grundhaltung ausgerichtet wird, und die Polarisierung wird zweifellos gefördert durch den öffentlichen Diskurs im Vorfeld eidgenössischer Urnengänge. Intensive Plakatkampagnen, aber auch Sendegefässe wie die SRF-Arena, in denen sich die politischen Schwergewichte der Parteien zum Schlagabtausch treffen, sorgen dafür, dass Gegner und Befürworter einer Vorlage auch ein ideologisches Gesicht bekommen.

Die isolierte Bedeutung der Soziodemografie ist insgesamt gering ...

Anders als bei den ideologischen Achsen ist bei der Soziodemografie eine erhebliche Polarisierung eher die Ausnahme als die Regel: Nur bei 15% der Vorlagen ist die Effektstärke eines der beiden soziodemografischen Dimensionen über dem Relevanzschwellenwert von 20%, und auch bei diesen sind die Werte kaum je in dem Bereich, der bei den ideologischen Faktoren gang und gäbe ist. Im Mittel aller Vorlagen der vergangenen sechs Jahre erklären die beiden ideologischen Faktoren zusammen 44% der gesamten Varianz der Ja-Stimmenanteile, die beiden soziodemografischen bringen es zusammen auf bloss 18%. Die Gründe hierfür sind nicht zuletzt methodischer Art: Zwar beeinflussen einzelne Abstimmungen die Werte der beiden ideologischen Hauptkomponenten, die auf ihnen beruhen (siehe S. 3), nur wenig – aber sie stecken kollektiv natürlich drin. Zum anderen sind die soziodemografischen Grössen nicht so präzise gemessen, da sie sich auf die ganze Gemeindebevölkerung beziehen und

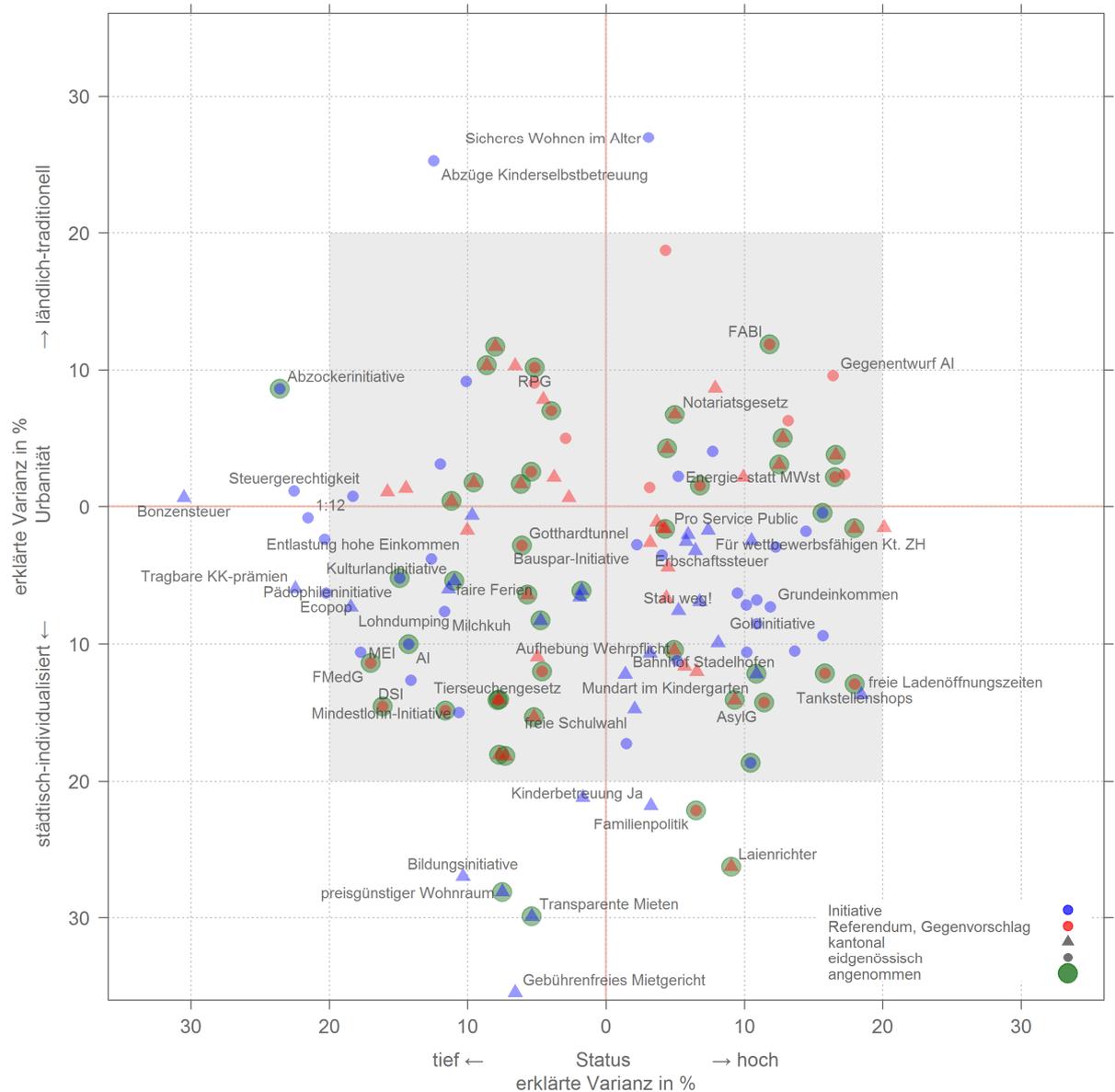
nicht auf die üblicherweise an Abstimmungen partizipierende Teilmenge. Dennoch ist es wichtig, sie als Kontrollvariablen einzubeziehen – denn in jenen Fällen, in denen sie einen wesentlichen Erklärungsbeitrag liefern, sind sie durchaus von Belang.

... spiegelt aber in Einzelfällen wirksame Interessenstrukturen

Nicht überraschend öffnet sich ein klarer Stadt-Land-Graben bei Vorlagen mit einer Wohnthematik: Das Abstimmungsverhalten in den mietergeprägten, urbanen Gebieten kontrastiert in diesen Fällen stark mit jenem der Landgemeinden, wo die Eigenheimbesitzer eine stärkere Stellung haben. Die kantonalen Initiativen «für ein gebührenfreies Mietgericht» (2012), «für transparente Mieten» (2012, Formularpflicht für den Zins des Vormieters), «für preisgünstigen Wohnraum» (2014) fanden in den urbanen Gebieten des Kantons Anklang. Vergleichsweise hoch war die Zustimmung für die eidgenössische Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» (2012) zur Abschaffung des Eigenmietwerts für pensionierte Hauseigentümer dagegen auf dem Land.

Grafik 7: Soziodemografische Polarisierungsstruktur der Vorlagen

Kanton Zürich, eidgenössische und kantonale Vorlagen 2010-2016 (ohne Stichfragen), eigene Berechnungen



Erläuterungen: In einer Online-Version der Grafik (<http://goo.gl/kBSFrT>) können alle Vorlagen identifiziert werden. Grafik und Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich

Ein weiteres Thema, bei dem regelmässig ein Stadt-Land-Gegensatz besteht, ist die Haltung zur Kinderbetreuung: Die eidgenössische Initiative, welche Steuerabzüge auch für die Kinderselbstbetreuung forderte (2013), fand auf dem Land, wo traditionelle Familienverhältnisse vorherrschen, mehr Zustimmung als in der modernen, individualisierten Stadt – und das umgekehrte gilt für die Fremdbetreuung von Kindern (Bundesbeschluss zur Familienpolitik; 2013, kantonale Initiative «Kinderbetreuung Ja»; 2010).

Auch bei den Abstimmungen, die auf der Statusachse «laden», ist der thematische Bezug erkennbar: Die «Bonzensteuer-Initiative: Gegen Steuergeschenke an Superreiche!» (2013) fand erwartungsgemäss dort besonders Anklang, wo die Einkommen tief sind – und wurde dort besonders energisch abgelehnt, wo die Bevölkerungsgruppe im Visier der Initiative bevorzugt siedelt. Dasselbe gilt auch für die 1:12-Initiative, die «Steuergerechtigkeitsinitiative» (2010, Eindämmung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen) und die kantonale Initiative «Tragbare Krankenkassenprämien» (2011, Aufstockung der Prämienverbilligung).

Fallweise spielen weitere Sonderinteressen eine Rolle

Die räumlichen Zustimmungsmuster scheinen in diesen Fällen Interessen zu spiegeln, die sich aus der Sozialstruktur der Bevölkerung plausibel begründen lassen. Interessen können aber selbstverständlich nicht nur zwischen Stadt- und Landbewohnern oder zwischen Arm und Reich divergieren. Der Paradefall von Interessengegensätzen mit einem starken Raumbezug sind jene, die mit Verkehrsinfrastrukturen verbunden sind. Von deren Vor- und Nachteilen können die Gemeinden des Kantons, und damit auch die Abstimmungsteilnehmer, in sehr unterschiedlichem Ausmass betroffen sein.

Negativ sind beispielsweise die Externalitäten der Lärmbelastung durch das An- und Abflugregime des Zürcher Flughafens. Das räumliche Muster der Fluglärmimmissionen ist entsprechend markant in den Resultaten von Flughafenabstimmungen sichtbar (Moser 2009b). Positiv, in Gestalt besserer Verbindungen, hätte sich die Einführung eines flächendeckenden Halbstundentaktes auf dem Zürcher S-Bahn-Netz für die Bewohner der Gemeinden an Bahnlinien mit Stundentakt ausgewirkt. Die Analyse der Abstimmung zu einer Initiative mit dieser Forderung (2009) zeigte denn auch, dass in den profitierenden Gemeinden die Zustimmung rund zwölf Prozentpunkte höher war als im übrigen Kanton (Moser 2009a). Die ideologischen Haltungen, die bei weniger konkreten Vorlagen zu Verkehrsthemen dominieren, werden in diesen Fällen durch die konkreten Interessen – die sich nicht generalisieren lassen, sondern nur vorlagenbezogen bestimmbar sind – gleichsam «übersteuert».

Fazit

Neben der ideologischen Grundhaltung und der Sozialstruktur in den Gemeinden wirken mitunter also mitunter weitere Einflussgrössen, über deren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten im Rahmen einer Aggregatsdatenanalyse Aussagen möglich sind. Aber für die grosse Mehrheit der Vorlagen scheint das diskutierte Basismodell doch Aussagen über die Haltung ideologischer und sozialer Gruppen zu bestimmten Vorlagen zuzulassen.

Nicht zuletzt impliziert dies, dass die räumliche Verteilung dieser Gruppen über die Zeit hinweg einigermassen konstant ist, ebenso wie das Verhalten der Individuen aus denen sie sich zusammensetzen. Weil dies im Kanton Zürich zutrifft, kann ein Aggregatsdatenbasiertes Modell nicht nur zur Analyse, sondern auch zur Prognose verwendet werden. Ein dem hier diskutierten ähnliches Modell⁸ bildet nämlich auch die Grundlage der Hochrechnung des kantonalen Schlussresultats, die wir jeweils um 12 Uhr mittags veröffentlichen – die meist hohe Präzision, mit der diese Schätzung gelingt, reflektiert so letztlich nichts anderes als die beschriebenen Zusammenhänge.

⁸ Das Verfahren ist in Moser 2003 beschrieben.

Literatur

Grömping Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Hermann Michael, Heye Corinna, Leuthold Heiri (2005). Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz - Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990 – 2000. Bundesamt für Statistik. Neuenburg.

Joye Dominique, Bergman Manfred Max, Lambert Paul S. (2003). Intergenerational Educational and Social Mobility in Switzerland In: *Swiss Journal of Sociology*, Volume 29, Heft 2, Seite 263ff.

Kriesi, Hanspeter (2011) Revolution nach Schweizer Art - Wie sich das Parteiensystem in den letzten zwanzig Jahren verändert hat. *NZZ* vom 13.11.2011.

Lutz, Georg (2016). Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. *Selects – FORS* Lausanne.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009a). Komplementärmedizin, biometrische Pässe und Halbstundentakt: Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 17. Mai 2009. *statistik.info* 2009/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2009b). Sozial-, Institutions- und Fluglärmpolitik: Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 27. September 2009, *statistik.info* 10/2009.

Moser, Peter (2010) Wer wählt wen? - Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. *statistik.info* 09/2010. Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe «statistik.info» analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

V1.01

© 2016 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.